

distriktsforum

Eine Zeitung mit Nachrichten für die SPD-Ottensen

Juni 2008



Einladung zur Mitgliederversammlung

!ACHTUNG!
Terminänderung

wann?
um?
wo?

am 01. Juli 2008
19.30 Uhr
im Kodrobs Altona
Hohenesch 13-17,
22765 Hamburg

!ACHTUNG!
Terminänderung

Vorschlag zur Tagesordnung:

- TOP 1: Aktuelles und Unverzichtbares
- TOP 2: Berichte aus Bürgerschaft und Bezirksversammlung
- TOP 3: Vorbereitungen Sommerfest
- TOP 4: Thema Integration und Gleichstellung
- TOP 5: Termine
- TOP 6: Verschiedenes

Gäste sind immer herzlich willkommen!



Cathrin Herweg
Distriktsvorsitzende

Kathrin Behrmann
stellv. Distriktsvorsitzende

Liebe Genossinnen und Genossen,

die kurz aufeinander folgenden tragischen Ereignisse von Borgfelde und Billstedt haben die Schwerpunkte der tagespolitischen Diskussion deutlich verschoben. Aber trotz der Dramatik darf diese Diskussion nicht auf Ehrenmorde reduziert werden.

Bereits im Vorwege der Hessen-Wahl konnten wir spüren, wie hoch emotionales Diskussionsklima beim Thema Integration entsteht – hier prallen Vorurteile, Missverständnisse und Vorbehalte aufeinander. Fakt ist, in Deutschland existieren Parallellgesellschaften und Berührungspunkte werden auf ein Mindestmaß wie beispielsweise Behördengänge oder verpflichtende Schulbesuche reduziert. Wie konnte das passieren?

Der in den 60ern geprägte

Begriff der Gastarbeiter hat eine bewusste Ausgrenzung der Zuwanderer impliziert. Spätestens Ende der 70er wurde sehr deutlich, dass die sogenannten „Gastarbeiter“ dauerhaft in Deutschland gebraucht werden und auch bleiben wollen. Bis heute ist es in Deutschland allerdings nicht gelungen, ein funktionsfähiges Gesamtkonzept zur Integration zu erarbeiten – lediglich Einzellösungen mit mehr oder weniger Wirksamkeit wurden umgesetzt. Die demografische Entwicklung gibt dem Themengebiet der Integration deutlich mehr Relevanz. Deutschland ist ein Einwanderungsland und dieser Trend wird vermutlich sogar zunehmen.

Die christlich-abendländischen Traditionen und Werte müssen um andere

Einflüsse erweitert werden. Genauso muss es uns in Deutschland gelingen, eine gemeinsame Identität zu finden, ohne die jeweils eigene zu verlieren. In diesem Land gibt es keinen Raum für Fremdenfeindlichkeit oder unbegründete Assimilationsängste. Der Politik obliegt die Aufgabe, zusammen mit allen Einwohnerinnen und Einwohnern einen religionsübergreifenden und am Grundgesetz orientierten Weg zu finden, gemeinsam und gleichberechtigt die Zukunft zu gestalten.

Herzlichst eure

Cathrin Herweg

Ein Lift zur Mitgliederversammlung

Genossinnen/ Genossen, die nicht so gut zu Fuß sind, haben die Möglichkeit sich zu unseren Veranstaltungen abholen zu lassen (und selbstverständlich wieder zurück). Bei Bedarf nehmt bitte Kontakt zu

Uwe Biel: 39 90 04 15 oder Reinhard Zaage: 880 05 16

auf und klärt mit ihnen die Einzelheiten. Falls andere Genossinnen/Genossen PKW und Hilfe anbieten können und wollen, dann mailt einen Kontakt an distriktforum@email.de

Impressum

distriktforum, 9. Jahrgang

Herausgeber und Redaktion: SPD-Ottensen

Druck: Friedensblitz

Das *distriktforum* ist eine Zeitung mit Nachrichten und Informationen für den

SPD Distrikt Ottensen.

Es erscheint regelmäßig mit der Einladung zu jeder Distriktversammlung.

Spenden für SPD-Ottensen bitte auf das Distriktkonto:

SPD- Ottensen, Postbank, Kontonummer: 1220 12206, BLZ: 20010020

Beiträge und Meinungen, Briefe und Bilder, Termine und Fristen, Wichtiges und anderes bitte an die Redaktion:

distriktforum-ottensen@web.de

Redaktionsschluss: 1. Dienstag im Monat

AsF

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) in der SPD Hamburg hat auf ihrer Landeskonferenz einstimmig Gabi Dobusch zur neuen Landesvorsitzenden der AsF Hamburg gewählt.

Gabi Dobusch gehört der Bürgerschaft seit März diesen Jahres an und ist gleichstellungspolitische Sprecherin und Sprecherin für Lesben und Schwule der SPD-Fraktion. Seit 2004 vertritt sie die AsF im Landesvorstand der SPD Hamburg.

Als stellvertretende Landesvorsitzende wurden Ilse Behrens (Wandsbek) und Rita Kahl (Hamburg-Mitte) gewählt. Ebenfalls neu in den Vorstand gewählt wurden die sieben AsF-Kreisvertreterinnen sowie drei Beisitzerinnen.

Gabi Dobusch: "Die Themen Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit gehören wieder auf die politische Agenda unserer Stadt. Dafür wird sich die AsF in Kooperation mit anderen Frauenorganisationen und -verbänden einsetzen."

Vor dem Hintergrund der jüngsten Gewaltvorfälle gegen Frauen, bei denen eine 16-jährige Deutsch-Afghanin von ihrem Bruder getötet und eine 30-jährige Deutsch-Afghanin von ihrem Ehemann schwer verletzt wurde, verabschiedete die Delegiertenkonferenz der AsF folgende Resolution:

Resolution der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF)

Mit Bestürzung und tiefem Bedauern haben wir die jüngsten Vorfälle brutaler Männergewalt gegen Frauen, zur Kenntnis genommen: den Mord an einer 16-jährigen Deutschen mit afghanischem Hintergrund sowie die Schießerei in Billstedt, bei der eine 30-Jährige afghanischer Herkunft schwer verletzt wurde. Beide Fälle sind nicht vom Himmel gefallen, sondern haben eine Vorgeschichte. Weder die polizeilichen Maßnahmen, die dem Ehemann der 30-Jährigen nach einem richterlichen Beschluss verboten, sich ihr zu nähern, noch die Maßnahmen des Kindes- und Jugendnotdienstes, der im Fall der 16-Jährigen eingeschaltet war, konnten die Gewalttaten verhindern. Angesichts dieser Fälle müssen die bisherigen Konzepte zu Opferschutz und Gewaltprävention sowie deren Umsetzungspraxis verbessert und ausgebaut werden, um Mädchen und

Frauen angemessen zu schützen. In beiden Fällen spielt vermutlich der Migrationshintergrund der Beteiligten eine nicht unerhebliche Rolle. Die Vorkommnisse von grausamer und jahrzehntelanger Gewalt eines Vaters an seiner Tochter und den gemeinsamen Nachkommen in Österreich - Freiheitsberaubung, Vergewaltigungen, Inzest -, die alles vorstellbare Maß übersteigen, machen deutlich, dass einseitige Schuldzuschreibungen zu Lasten von Migranten fehl am Platze sind. Weltweit tragen Frauen ein hohes Risiko, durch männliche Gewalt zu Tode zu kommen oder verletzt zu werden - es ist deutlich höher als das Risiko, durch Krieg, Unfall oder Malaria umzukommen. Häusliche Gewalt ist keineswegs nur ein Thema in Familien mit Migrationshintergrund. Festzuhalten ist aber auch, dass Frauen mit Migrationshintergrund ein >>



Resolution der AsF

höheres Risiko tragen, Opfer männlicher Gewalt zu werden als andere.

Zu der Situation in Hamburg hat nicht nur eine unentschlossene Integrationspolitik des CDU-Senats beigetragen, sondern auch eine konsequente Sparpolitik gegenüber jeder Art von Frauenprojekt,

Fraueninitiative und Förderung von Gleichstellung in den letzten Jahren. Viele gute Ansätze wurden zunichte gemacht, die dem Freiheits- und Selbstbestimmungsrecht, der Achtung der Menschenwürde und der Gleichberechtigung von Frauen und Männern verpflichtet waren.

Gleichberechtigung von Frauen und Männern, Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte gerade von Mädchen und Frauen müssen wieder in den Fokus der Politik gestellt werden!

Wir fordern:

- Wer Mädchen und Frauen vor Männergewalt schützen will, muss konsequent überkommene Rollenvorstellungen, patriarchale Muster und Machismo als Ursachen von Gewalt benennen und zielgerichtet Maßnahmen dagegen einleiten.
- Alle Opferschutzeinrichtungen müssen uneingeschränkt finanziell abgesichert werden.
- Ein Senatsamt für die Gleichstellung muss schnellst möglich wieder eingerichtet werden. Gleichstellungspolitik, die ihren Namen verdient, muss in Hamburg wieder stattfinden.
- Menschenrechte sind universal und nicht teilbar - die Berufung auf kulturelle Gegebenheiten oder Traditionen kann diese nicht außer Kraft setzen. Die Würde und freie Lebensgestaltung von Mädchen und Frauen nichtdeutscher Herkunft steht auch unter dem Schutz des Grundgesetzes.
- Aufklärung und Prävention, Opferschutz, Strafverfolgung und vernetzte Hilfen tun Not, damit am Ende nicht nur Trauer und Wut bleiben.

"Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden."
Hamburger Programm. Das Grundsatzprogramm der SPD.

RESPEKT!

Maik Schwartau hat in Büsum ein super Ergebnis hingelegt!

Mit 21,4 % der Stimmen hat Maik 0,1 % mehr als sein Gegenkandidat von der CDU. Das bedeutet, dass eine Stichwahl am 15. Juni 08 entscheiden wird, ob er Bürgermeister von Büsum wird. Es bleibt also spannend und wir drücken weiter die Daumen. Er hat nämlich 1 a Chancen! Schaut doch mal unter

www.maik-swartau.de

Das vorläufige Ergebnis aus Büsum www.statistik-sh.de/KW08/index.htm

Termine

- 18. Juni um 19.30 Uhr
Vorbereitung **Sommerfest** im Kreisbüro Max-Brauer Allee 20

ACHTUNG! das **SPD**-Kinderfest wird am 6. September stattfinden. Nicht! wie im letzten *distriktsforum* angekündigt am 30. August.

dafür brauchen wir jede Menge Ideen und Helfer und
...selbstgebackenen Kuchen, das steht fest!

- 14. und 15. Juni:
Altonale-Strand beim Spritzenplatz HelferInnen (Standbesetzung, Kaffee und Kuchenverkauf, Auf- Abbau) bitte im Kreisbüro melden bei Sebastian Jahnz
- 24. Juni
Kreisparteitag
- Landesparteitage
Freitag: 04. Juli Hauptthema Satzungsänderungen
Samstag: 05. Juli Wahlen und Nominierungen
- 6. September Sommerfest der SPD-Ottensen
- Die gemeinsame Distriktsversammlung mit SPD-Bahrenfeld wird auf den Herbst verschoben

Wahlergebnisse vom Kreisparteitag SPD Altona am 06. Mai 2008 (Nachtrag)

Kreisvorsitzende: **Melanie Schlotzhauer**

Stellvertretende Kreisvorsitzende: **Dagmar Miech**

Kassierer: **Thomas Schweitzer**

Beisitzer(innen) im Kreisvorstand:

Katharina von Fintel, Hans-Jürgen von Borstel, Serkan Bicen, Irmgard Noack-Lampé, Henner Will, Artur Bergen, Kirill Ulitskiy, Wiebke Schäfer, Katrin Behrmann, Gerd Jütting, Antje Mohr, Henrik Strate, Frank Leptien

Revisoren: **Jochen Heitmann, Gerd Scheffler**

Wahl der Kreisschiedskommission:

Steffen Jänicke (Vorsitz), Elfriede Ebert (Stellvertreterin), Bärbel Kornberger, (Stellvertreterin), Frank Toussaint (Beisitzer), Doris Mandel (Beisitzerin)

Luise Albers (Beisitzerin)

Nominierungen

Bundesdelegierte: **Melanie Schlotzhauer**

Mitglied für die Antragskommission des Landesparteitags: **Matthias Bartke**

Vertreter für die Landesschiedskommission: **Hans-Peter Strenge**

Revisor für den Landesvorstand: **Michael Sachs**

Präsidium des Landesparteitags: **Thomas Schweitzer**

Altonaer Beisitzer im Landesvorstand: **Walter Zuckerer, Matthias Barkte**

Wie schwarz wird die grüne Hoffnung?

Der Koalitionsvertrag aus Altonaer Sicht

von Stefan Krappa Stellvertretender Vorsitzender SPD-Fraktion Altona

Freunde der Lyrik kommen seit April 2008 in Hamburg wieder voll auf ihre Kosten. Sollten ihnen gedruckte Bücher einmal ausgehen, empfiehlt sich der Griff zu einem 65-seitigen Werk mit dem Titel „Vertrag über die Zusammenarbeit in der 19. Wahlperiode der Hamburgischen Bürgerschaft“. Die zwölf Autoren gehören den Fraktionen von CDU und GAL an, die den ersten schwarz-grünen Koalitionsvertrag auf Landesebene unterzeichnet haben.

Lesern, die eher auf Gänsehaut und Zähneklappern stehen, liefert der Vertrag allerdings keine gute Vorlage. Denn es werden zahlreiche Projekte wohlfeil angepriesen und durchaus wünschenswerte Wirklichkeiten beschrieben. Wer hat schon etwas gegen Pilotprojekte in Stadtteilen oder die Ankündigung „die Bezirke werden bei der Planung und Entwicklung einer geeigneten Strategie für den demographischen Wandel positiv begleitet.“ Da schlägt doch das kommunale Herz höher, positive Begleitung durch Ole von Beust und Christa Goetsch!

Anhänger von grüner Sach- und Fachliteratur werden dagegen unzufriedener sein, wenn sie auf die „harten“ Strategien und Entscheidungen treffen.

Denn die GAL hat weder das verhasste Kohlekraftwerk Moorburg, noch die Elbvertiefung aufhalten können. Auch die Hafenspannung wird kommen, der Hamburger Hafen wird ausgebaut, die Autobahn 7 auf acht Fahrstreifen erweitert. Die U 4 ist im Bau. Steilshoop bekommt eine Stadtbahn, allerdings nicht die von Hochbahn-Chef Elste vorgeschlagene preiswertere Lösung einer Ausfädelung der U-Bahn. (Vorteil hierbei: Stadt und U-Bahn haben das gleiche Gleissystem *anm. Red.*) So wie es derzeit aussieht, werden die Arenen und die Stadtteile Lurup und Osdorf wieder leer ausgehen und keine Schienenanbindung bekommen. Ob auf die Autobahn 7 ein – von allen Altonaer Parteien geforderter – langer und nutzbarer Deckel kommt, steht unter Finanzierungsvorbehalt. Die Deckel-Initiative „Ohne Dach ist Krach“ und zahlreiche lärmgeplagte Bürger fühlen sich zu Recht erneut im Stich gelassen. Für die Kleingärtner bedeutet der Vorbehalt allerdings keine Entwarnung, denn es gibt einen Prüfauftrag, wie ihre Flächen zur Finanzierung des Deckels – unabhängig von seiner Länge – herangezogen werden können.

Small and beautiful klingen dagegen die echten grünen Wunschprojekte, die mit der CDU sicher leicht zu machen waren: Eine Alster-Badestelle, ein Pilotprojekt für Krankenhaus-Abwasser und ein Tide-Elbe-Konzept sollen kommen. Ein „virtuelles Kraftwerk“, Flüsterasphalt auf Straßen, ein Leihfahrradsystem und die Verbesserung der Gesundheitsfürsorge von Migranten tragen unverkennbar grüne Handschrift. Allerdings steht immer das kleine Wort „soll“ vor der Realisierung, nicht „muss“ oder „wird“. Deutlich wird im Vertrag auch das Gewicht der grünen Teilnehmer der Verhandlungsdelegation aus Altona: Erwähnt werden neben dem Autobahndeckel die „Altonale“, die Ergebnisse der Planungswerkstatt Stresemannstraße sollen umgesetzt werden, das Frauen- und Familienprojekt „FLAKS“ soll finanziell abgesichert, das vom Abriss bedrohte SAGA-Bauensemble an der Elbtreppe (Neumühlen) erhalten werden, angestrebt wird die Abspeckung des umstrittenen Masterplans Volkspark, die Max-Brauer-Schule wird für ihre fächerübergreifende Profilbildung gelobt und das Kreuzfahrtterminal in Altona soll kommen. Und dann soll es eine Überprüfung der

gerade wirksam gewordenen neuen Stadtteilgrenzen geben, so dass Altona die Sternschanze vielleicht wieder abgibt. Das alles klingt nett und entspricht weitgehend auch SPD-Forderungen aus dem Bezirk Altona.

Beleuchten wir aber nun einmal, was *nicht* im Vertrag steht. Denn in wichtigen sozialen und lokalen Bereichen wird faktisch die harte und unsoziale CDU-Sparpolitik mit grünem Segen fortgeschrieben:

- Das Büchergeld für Schul-kinder bleibt,
- Studiengebühren werden nicht abgeschafft, sondern lediglich nach Ende des Studiums erhoben,
- die zehnpromzentigen Kür-zungen bei den Gesamt-schulen (damit auch der Max-Brauer-Schule) und auch bei den Bücherhallen bleiben in Kraft,
- die Streichung eines Viertels der Subvention des Ottenser Stadtteilarchivs bleibt
- und den Bezirksämtern werden ihre durch den CDU-Finanzsenator geraubten Liegenschafts-abteilungen nicht zurück gegeben.
- Die chronische Unterfinanzierung der bezirklichen Grün- und Tiefbauhaushalte wird bleiben
- die Bürger werden sich auch weiterhin über Buckelpisten und

schlecht gepflegte Parks ärgern dürfen.

- Das Thema Einführung einer sechsjährigen Primarschule wird dagegen sehr konkret mit Zeitplan verabredet, ohne allerdings auf die notwendigen baulichen und finanziellen Rahmenbedingungen einzugehen, die vielen Schulen derzeit gar nicht zur Verfügung stehen. Fachleute meinen daher, die Reform sei schlecht vorbereitet und über das Knie gebrochen.

Wie die vielen Projekte finanziert werden sollen bleibt offen, es ist lediglich von Umschichtungen die Rede. Immerhin: SAGA und GWG werden nicht verkauft, heißt es im Vertrag. Das Thema Privatisierung der HHLA wird dagegen ausgespart, was aus Sicht der HHLA-Belegschaft kein gutes Zeichen ist. Schon die erste Verkaufstranche, bei der 30 Prozent Anteile der Stadt an die Börse kamen, wurde durch die CDU-Senatoren Uldall und Freytag trotz zahlreicher Proteste durchgezogen. Wie wäre es mit weiteren 19,9 Prozent, Herr von Beust? Die GAL wird sich sicherlich nicht dagegen stellen, denn der neue Fraktionsvorsitzende Jens Kerstan hatte schon im Mai 2006 öffentlich gefordert, Teile des Unternehmens an private Investoren zu verkaufen und dadurch frei werdende Gelder sowie

Gewinne im Bereich der Bildung zu investieren.

Im Ergebnis bleibt festzuhalten, dass sich die CDU bei den für ihr Klientel wichtigen harten Infrastrukturprojekten klar durchgesetzt hat. Sie werden realisiert und der mächtige Finanzsenator und CDU-Parteichef Freytag (ein gelernter Banker) wird durch weitere Einsparungen und Privatisierungen das Geld besorgen.

Grüne Projekte sind oft nur Prüfaufträge und Absichtserklärungen, die wenig Geld kosten. Aus Altonaer Sicht sind zwar wichtige Themen und Probleme benannt, allerdings enthält der Vertrag zu wenig konkrete Schritte zu ihrer Verwirklichung. Es bleibt damit ganz viel Handlungsspielraum für den neuen schwarz-grünen Senat, um im Zweifel andere Entscheidungen zu treffen. Dabei werden sich die Senatoren auf die Behördenprüfungen und die allgemeine Haushaltslage stützen. Ob die grüne Wählerschaft sich allerdings mit vermutlich nur mageren Resultaten des sowieso politisch riskanten neuen Bündnisses zufrieden geben werden, bleibt abzuwarten.

Die Erwartungen sind jedenfalls sehr hoch und damit auch der Erfolgswang.

Die SPD wird ihre Oppositionsrolle im Bezirk dazu nutzen, sehr genau hinzusehen, was für Altona und seine Bürger am Ende rauskommt.

Koalition oder Kollision?

fragt sich Nicole Kalisch

What's another year? Was ist schon ein Jahr... Nur noch knapp 12 Monate und es soll wieder möglich sein, in Altona baden zu gehen. Frühjahr 2009 soll es sein. Und auch hier wieder dieses SOLL. Sofort die Verbindung zum Koalitionsvertrag SCHWARZ/GRÜN. Da sind viele Formulierungen auch möglichst unkonkret geblieben. Wünschenswert, angestrebt, ermutigt werden und eben immer wieder ein SOLL. Am allerschönsten ist die ‚Festlegung‘ in der Hafencity Episode zu lesen. Zunächst sollen die entstehenden Bürogebäude mit GOLD-Standard (???) ausgebaut werden. Die gesetzlichen Standards sollen in der Hafencity übertroffen werden- man wird Gespräche mit den Investoren führen. Die Höhenbegrenzung soll weiter gelten...einmal luftholen... ‚Sollte ein Antrag auf Höherbebauung gestellt werden, wird das im Einzelfall geregelt‘. Das lassen wir einfach mal wirken. In dieser Art finden sich einige Löcher im Koalitionsvertrag.

Was die Schulpolitik betrifft, muß noch ganz stark verhandelt werden.

‚Es droht eine Überforderung unseres Hamburger Schulsystems: Die Einführung des Abiturs nach acht Jahren war konzeptionslos und ist nicht abgeschlossen.

Die 3.Profiloberstufe wird eingeführt. Die Einführung von Stadtteilschule steht bevor. Und zusätzlich wird die Primarschule mit drei Modellen eingeführt. Damit sind das System, die Behörde und die Schulen überfordert. Leidtragende werden Schülerinnen und Schüler und ihre Eltern sein.‘ (aus: Hamburg nach der Bürgerschaftswahl:

Harte und faire SPD-Opposition - mehr soziale Gerechtigkeit und bessere Zukunftsperspektiven für Hamburg)

Es muß, für mein Empfinden, sicher gestellt sein, dass Eltern nicht schon im Vorschulalter entscheiden müssen, welche Laufbahn sie sich für ihr Kind erhoffen. Denn wenn es in der Schule ist, sollen die LehrerInnen den Werdegang steuern. Sarkastisch gefragt: Wäre es nicht wünschenswert, die Hebammen über die schulische Eignung der Kinder entscheiden zu lassen?

Wen wundert es: ‚Die Vertragspartner stellen fest, dass sie in Bezug auf die Volksinitiative „Mehr Demokratie- ein faires Wahlrecht für Hamburg“ unterschiedlicher Meinung sind.‘ Schön, dass es wenigstens einmal Formuliert wird in dem Vertrag- man hätte es sonst nicht mehr gewusst.

Schauen wir ihnen nicht nur zu, sondern machen konstruktive Oppositionsarbeit.

Kommen, unterstützen, helfen z.B. Standbetreuung. Jede und jeder wird gebraucht und gern gesehen.

altonale10
SPD-Stand 14. und 15. Juni
am Spritzenplatz

Für geplante Hilfsangebote bitte Sebastian Jahnz wenden im Max-Brauer-Büro unter 38 70 95.